Alle gegen die SVP und ihre Durchsetzungsinitiative

Das Parlament macht mit einem Manifest mobil gegen die SVP. Und die Wirtschaft steuert doch noch Geld bei.

Anja Burri
Bern

Das Vorgehen ist einmalig: In der Wintersession haben mit Ausnahme der SVP-Fraktion alle Ständeräte ein Manifest gegen die Durchsetzungsinitiative unterzeichnet. Das Volksbegehren, mit dem die SVP ihre Ausschaffungsinitiative konkretisiert, kommt am 28. Februar zur Abstimmung. Er habe nur einen halben Tag gebraucht, um die Unterschriften der Ständeräte zu sammeln, sagt SP-Ständerat Hans Stöckli, Autor des Manifests. Nun wird die symbolträchtige Aktion ausgedehnt: «Auch die Mitglieder des Nationalrates und alle ehemaligen Ständeräte werden eingeladen, das Manifest zu unterzeichnen», sagt Stöckli. Die Mitglieder der grossen Kammer erhalten das Schreiben vom grünliberalen Nationalrat Beat Flach. Der Jurist hat sich vom Manifest des Ständerats inspirieren lassen und will analog dazu ein überparteiliches Nationalratskomitee lancieren. «Ziel ist es, ausser der SVP-Fraktion alle Nationalräte dabeizuhaben», sagt Flach.

Das Parlament sei direkt von der Durchsetzungsinitiative betroffen, sagt er. Diese bringe die Spielregeln der politischen Schweiz durcheinander. «In unserer Demokratie haben alle ihren Platz und ihre Rolle. Das Parlament zum Beispiel erlässt die Gesetze», so Flach. Gehe es nach den Initianten der SVP, werde das Parlament nun ausgehebelt. Der Hintergrund dieser Aussage: Eigentlich ist es die Aufgabe des Parlaments, angenommene Volksinitiativen umzusetzen, indem es ein entsprechendes Gesetz ausarbeitet. Die Durchsetzungsinitiative verhindert dies, weil ihr Text direkt angewandt werden soll.

«Nervosität der Parlamentarier»

Die Initianten beobachten das Engagement ihrer politischen Gegner gelassen. «Mit einem Manifest überzeugt man die Bevölkerung nicht», sagt SVP-Nationalrat und Komiteemitglied Peter Keller. Das Parlament wehre sich gegen etwas, das es selber angerichtet habe: «Der klare Auftrag der Ausschaffungsinitiative – kriminelle Ausländer auszuschaffen – wurde verschleppt und vernebelt», sagt er. Vor diesem Hintergrund sei das Manifest blamabel. SVP-Nationalrat und Mitinitiant Gregor Rutz staunt «über die Nervosität gewisser Parlamentarier». Die Durchsetzungsinitiative bringe nichts Neues: Weil die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative durch das Parlament nicht geglückt sei, brauche es nun einen konkreten Vorschlag.

Die Gegner der SVP haben die Feiertage genutzt, um ihre leeren Kampagnenkassen zu füllen. Nach den Absagen des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse und des Gewerbeverbandes springen nun andere ein. Der Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (Swissmem) wird die bürgerlichen Gegner der Durchsetzungsinitiative finanziell unterstützen. Swissmem-Sprecher Ivo Zimmermann bestätigte gestern einen Bericht der «SonntagsZeitung». Weiter würden sich namhafte Wirtschaftsvertreter persönlich im Abstimmungskampf engagieren. Der Wirtschaftsverein Succèsuisse wird mit eigenem Komitee in den Abstimmungskampf eingreifen und Geld einschiessen. Das Engagement der Wirtschaft sei wichtig, sagt CVP-Nationalrat und Mitglied der Succèsuisse-Trägerschaft Gerhard Pfister. «Die Wirtschaftsverbände haben die Migrationsfragen jahrelang unterschätzt.» Die Gegner der Durchsetzungsinitiative rechnen mit weiterer Unterstützung aus der Wirtschaft. Die Schweizerische Bankiervereinigung habe bereits zugesagt, sagt Nationalrat Beat Flach. Gespräche mit anderen Verbänden seien im Gang. Die Bankiervereinigung war gestern für den TA nicht erreichbar.

Neben dem überparteilichen Manifest des Parlaments machen mittlerweile vier Komitees gegen die Durchsetzungsinitiative mobil: je ein Komitee aus linken und bürgerlichen Politikern, eines aus NGO-Kreisen und jenes aus den Reihen von Succèsuisse. Schliesslich kündigt auch der Präsident der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz (KKJPD) Hans-Jürg Käser eine «Informationsoffensive» gegen das Volksbegehren an, wie die «SonntagsZeitung» berichtete. Die Details werde der Vorstand im Januar besprechen, sagt Käser. In den Kantonen muss die SVP auch mit Kritikern aus den eigenen Reihen rechnen: Er habe grosse Vorbehalte gegen die Durchsetzungsinitiative, weil sie die Kantone vor Probleme beim Vollzug stelle, sagt der bernische SVP-Justizdirektor Christoph Neuhaus.

Zustimmung bröckelt
Durchsetzungsinitiative

Die Durchsetzungsinitiative der SVP zur Ausschaffung krimineller Ausländer wäre Mitte Dezember angenommen worden. Laut einer Onlineumfrage im Auftrag der «SonntagsZeitung» befürworteten damals rund 55 Prozent der Stimmberechtigten das Begehren. 24,5 Prozent waren dagegen, 20,5 Prozent unentschlossen. Die Zustimmung ist damit geringer als bei einer früheren Umfrage. Gemäss derselben Umfrage wäre der Bau einer zweiten Gotthardröhre deutlich angenommen worden (63 Prozent). Die Initiative gegen die Heiratsstrafe hingegen erhielt nur die Zustimmung von 45 Prozent der Befragten. Durchgeführt hat die Umfrage der Marktforschungsanbieter Marketagent.com. Rund 1000 Personen haben daran teilgenommen und wurden dafür gemäss dessen Website bezahlt. *(SDA)*

«Ohne Akzeptanz wächst das Risiko der Wilderei»

Der Wildökologe Hubert Schatz sagt, es sei kaum möglich, den Wolf ohne gezielte Abschüsse langfristig zu integrieren.

Mit Hubert Schatz sprach Stefan Häne

Das Calanda-Rudel tappt nachts auf einem Waldweg in eine Fotofalle. Foto: PD

Das Bundesamt für Umwelt hat vergangene Woche zwei Wölfe aus dem zehnköpfigen Calanda-Rudel bei Chur zum Abschuss freigegeben. Ein richtiger Entscheid?
Die Behörden müssen reagieren; ich kann das nachvollziehen. Sie tragen die Verantwortung dafür, dass die Menschen sowie ihre Haus- und Nutztiere ohne Angst leben können.

Am Arlberg in Grenznähe zur Schweiz hat letztes Jahr ein Wolf zwei Ziegen und ein Schaf gerissen. Es war, wie Sie vermuten, ein Tier aus dem Calanda-Rudel. Wie hat die Bevölkerung reagiert?
Unter Landwirten hat sich rasch eine Abwehrhaltung aufgebaut. Der Tenor war klar: Wölfe haben bei uns keinen Platz. Auch im Rest der Bevölkerung gab es sehr kritische Meinungen zum Wolf. Die Wolfsfreunde scheinen in Vorarlberg in Unterzahl zu sein.

Nun haben aber auch die Menschen eine Verantwortung: Sie dürfen den Wolf nicht anlocken, sei dies an Luderplätzen in Dorfnähe oder mit Siedlungsabfällen.
Richtig. Doch ich befürchte, dass sich dieses Problem nie ganz lösen lässt. Die Behörden können noch so sehr darauf hinweisen und Kontrollgänge machen: Es wird in und um Siedlungen immer potenzielle Nahrung für den Wolf geben.

Lässt sich vor diesem Hintergrund auch nur ein einziger Abschuss ethisch rechtfertigen?
Ich stelle eine Gegenfrage: Was passiert, wenn man nichts tut? Dann steigt die Wahrscheinlichkeit, dass es zu Zwischenfällen kommt. Das muss nicht gleich ein Angriff auf Menschen sein; das halte ich für eher unwahrscheinlich. Aber was ist mit den Haustieren und Nutztieren?

Es gäbe Alternativen, etwa nicht tödliche Vergrämungsaktionen mit Gummischrot.
Diese Massnahme allein bringt leider nicht den gewünschten Effekt: Die Tiere lernen schnell, dass solche Schüsse nicht tödlich sind. Sie kommen wieder. Das lässt sich auch beim Schalenwild beobachten.

Die Umweltverbände warnen, ein Abschuss destabilisiere das Rudel und schaffe womöglich neue Probleme. Die Wölfe würden auffälliger, rissen eher Nutztiere.
Ein Rudel verändert sich immer, wenn man ihm ein oder mehrere Tiere entnimmt; das stimmt. Gleichwohl halte ich die skizzierten Befürchtungen für übertrieben. Die Wölfe pflanzen sich fort, die soziale Struktur verändert sich damit ohnehin immer wieder. Ich bin überzeugt: Die Wölfe werden wieder scheuer, wenn sie wissen, dass sie einen Feind haben, der sie töten kann. Ohne gezielte Abschüsse wird eine langfristige Integration der Wölfe in unserer ausgeprägten Kulturlandschaft kaum möglich sein.

Hubert Schatz
Hubert Schatz (50) arbeitet als Wildökologe beim Amt der Vorarlberger Landesregierung und leitet dort unter anderem die Koordinationsgruppe Grossraubwild.

Das ist eine Kapitulation vor jenem Teil der Bevölkerung, der den Wolf hasst.
Für eine nachhaltige Koexistenz braucht es die Akzeptanz jener Menschen, die mit dem Wolf leben müssen – auch jener darunter, die dem Wolf kritisch gegenüber stehen. Ohne diese Akzeptanz wächst das Risiko der Wilderei.

Die Calanda-Wölfe sind dem Menschen noch nie gefährlich geworden. Sie verlieren einfach zunehmend ihre Scheu. Würde dies in Österreich für einen Abschuss genügen?
Nein. Der Wolf steht bei uns wie in der Schweiz unter Schutz. Dafür sorgen nebst der Berner Konvention nationale Gesetze. Darüber hinaus haben wir eine weitere Hürde, welche die Schweiz nicht kennt: Die EU räumt dem Wolf den höchsten Schutzstatus ein. Daran müssen wir uns halten. Allerdings würde bei uns der Druck auf eine Lockerung dieses Schutzes sicher steigen, sollte der Wolf in Vorarlberg definitiv zurückkehren.

Warum polarisiert der Wolf im 21. Jahrhundert noch immer so stark?
Die Berg- und Landbevölkerung hat den Wolf einst ausgerottet. Geblieben ist die kritische bis ablehnende Einstellung. Kehrt der Wolf zurück, wird sie offenbar umgehend aktiviert. Anders die Städter. Sie sehen den Wolf eher als Teil einer Wildnis, die sich ihren Platz zurückerobern möchte.

Neue Gesetze gehen ins Geld

Viele Autopendler werden ab kommenden Jahr mehr Steuern zahlen müssen.

Das Parlament war fleissig im zu Ende gehenden Jahr. Am 1. Januar 2016 treten Dutzende neue oder geänderte Erlasse in Kraft. Einige davon bekommt die Bevölkerung finanziell zu spüren. So wird der Zuschlag für grünen Strom um 0,2 Rappen pro Kilowattstunde erhöht. Ein Haushalt mit vier Personen zahlt dadurch durchschnittlich 9 Franken pro Jahr mehr. Heizöl wird teurer, weil die CO_2-Abgabe von 60 auf 84 Franken pro Tonne CO_2 erhöht wird.

Manche Autopendler zahlen ab 2016 mehr Steuern, weil mit der Bahnvorlage Fabi der Pendlerabzug auf 3000 Franken begrenzt wird. Zudem müssen die Kantone 500 Millionen in den neuen Bahninfrastrukturfonds einschiessen, was sie teilweise mit Steuern finanzieren. Manche Gesetze entlasten die Bevölkerung aber auch. So sinkt der Beitragssatz für die Erwerbsersatzordnung von 0,5 auf 0,45 Prozent, womit mehr vom Lohn übrig bleibt.

Gefährliches Rückwärtsfahren

Daneben werden viele Erlasse in Kraft gesetzt, die nicht zwingend aufs Portemonnaie schlagen müssen. So können Transportunternehmen ab 2016 ein Register einrichten, in denen insbesondere notorische Schwarzfahrer eingetragen werden. Der Verband öffentlicher Verkehr hat indessen noch nicht entschieden, ob er ein solches überhaupt schaffen will. Auch Verkehrsregeln werden geändert. Künftig darf nur noch rückwärtsgefahren werden, wenn wenden oder weiterfahren unmöglich ist. Der Bundesrat hat diese Regel verschärft, weil beim Rückwärtsfahren besonders viele tödliche Unfälle geschehen.

Verschärft wird die Aufsicht über die Krankenkassen. Der Bund bekommt Einblick in gewisse Transaktionen der Grundversicherer. Er kann künftig auch gegen zu hohe Prämien einschreiten. Mit dem neuen Epidemiengesetz erhält er im Kampf gegen übertragbare Krankheiten eine wichtigere Rolle. In diesem Zusammenhang hatte der angebliche Impfzwang die Gemüter erhitzt, was 2013 zu einer Referendumsabstimmung führte.

Konsumentinnen und Konsumenten profitieren ab 2016 von einem 14-tägigen Widerrufsrecht bei Telefonverkäufen. Für ein gesetzliches Widerrufsrecht bei Onlinekäufen nach Vorbild der EU-Regelung kam im Parlament jedoch keine Mehrheit zustande. Im Kampf gegen die Verschuldung wird aggressive Werbung für Kleinkredite verboten.

Opfer von Straftaten oder deren Angehörige können ab nächstem Jahr detailliert Auskunft bekommen über den Strafvollzug, die Entlassung oder eine Flucht des Täters. Die Betroffenen sollen dadurch unliebsamen Begegnungen aus dem Weg gehen können. *(SDA)*

Nachrichten

Finanzplanung
Schneesportzentrum könnte sich verzögern

Das geplante nationale Schneesportzentrum dürfte sich verzögern. Statt wie geplant 2019 soll frühestens ab 2023 Geld zur Verfügung gestellt werden. Das will das Verteidigungs- und Sportdepartement demnächst dem Bundesrat beantragen, wie die «NZZ am Sonntag» berichtete. Das Geld reiche nicht, um alle geplanten Projekte gleichzeitig anzugehen, sagt der scheidende Departementschef Ueli Maurer. *(SDA)*

Terror
Verdächtige Syrer waren in Spanien wohnhaft

Die zwei Syrer, die am 11. Dezember in Genf wegen Terrorverdachts festgenommen wurden, hatten sich zuvor offenbar länger in Spanien aufgehalten. Einer habe über eine spanische Niederlassungsbewilligung verfügt, teilte das spanische Innenministerium laut «SonntagsZeitung» und «Le Matin Dimanche» mit. Zusammen mit den Schweizer Behörden seien Räumlichkeiten in Barcelona durchsucht worden. Die Bundesanwaltschaft nahm keine Stellung zum Fall. Die zwei Männer befinden in Untersuchungshaft. *(SDA)*